

# Equal Pay Day am 13. Februar beleuchtet klaffende Lohnschere

AKZEPTIEREN SIE DEN 12. FEBRUAR 2025 UM 13:19

ANMELDEN, UM ARTIKEL ZU SPEICHERN

AN APA / NÖN.at



Termin rückte um einen Kalendertag vor

WERBUNG

SAG UNS DEINE MEINUNG!

**A**m Donnerstag, den 13. Februar, findet der Equal Pay Day statt - einen Tag früher als noch 2024. Bis dahin arbeiten Frauen gratis, wenn man ihr Jahreseinkommen mit dem der Männer vergleicht. Dabei hat sich der Gender Pay Gap - aktuell 12,2 Prozent - in den letzten Jahren stetig verringert. Noch 2020 lag er bei 15,2 Prozent (25. Februar). Wien weist die niedrigsten Gehaltsunterschiede auf, Vorarlberg die höchsten; im EU-Vergleich liegt Österreich auf dem zweitletzten Platz.

Innerhalb Österreichs gestaltet sich die Lohnlücke regional sehr unterschiedlich. In Wien war sie bereits im vergangenen Jahr am kleinsten. Allerdings verschlechterte sich die Bundeshauptstadt von 3,2 auf 4,3 Prozent, der Equal Pay Day fand am 16. Jänner statt. Schlusslicht Vorarlberg verbesserte sich von 21,1 auf 20,0 Prozent, der Equal Pay Day findet hier erst am 14. März statt. Dazwischen liegen Niederösterreich mit einem Gender Pay Gap von 11,7 Prozent (12. Februar), das Burgenland mit 12,5 Prozent (15. Februar), Kärnten mit 12,8 Prozent (16. Februar), Salzburg mit 14,8 Prozent (23. Februar), die Steiermark mit 15,5 Prozent (26. Februar), Tirol mit 16,4 Prozent (1. März) und Oberösterreich mit 17,2 Prozent (4. März).

## EU-Vergleich: Höhere Lohnlücke nur in Estland

Zur Berechnung herangezogen wird vom Netzwerk "Business and Professional Women Austria" der Median der Jahres-Bruttoeinkommen von Vollzeitbeschäftigten - anders als beim Equal Pay Day am Jahresende, der mit durchschnittlichen Einkommen arbeitet. Die neuesten Zahlen der Statistik Austria stammen dabei aus dem Jahr 2023. Um den Gender Pay Gap zu schließen, fordert das Netzwerk u.a. Einkommenstransparenz, eine steuerliche Begünstigung für Unternehmen, die nachweislich gleiche Löhne für

gleichwertige Arbeit zahlen, die Aufwertung von Niedriglohnbranchen und den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung.

Eurostat - das statistische Amt der EU - berechnet den Gender Pay Gap hingegen auf Basis von Stundenlöhnen. Österreich ist hier mit 18,4 Prozent das Land mit der zweithöchsten geschlechtsspezifischen Lohnlücke - nur Estland steht mit 21,3 Prozent noch schlechter da. Auf dem drittletzten Platz landet Tschechien mit 17,9 Prozent, auf dem viertletzten Deutschland und die Slowakei mit 17,7 Prozent. An der Spitze finden sich hingegen Luxemburg mit einem umgekehrten Gender Pay Gap von -0,7 Prozent, Italien mit 4,3 und Rumänien mit 4,5 Prozent. Insgesamt hat die EU eine Lohnlücke von 12,7 Prozent, die neuesten Daten stammen aus dem Jahr 2022.

### **Forderungen nach Ende der "Retro-Frauenpolitik"**

Eine "gesamtgesellschaftliche Aufgabe" nannte ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, die eines Schulterschlusses zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern und Unternehmen bedürfe. Raab verwies in einer Aussendung auf Programme wie die Kinderbetreuungsoffensive oder die "Role-Model-Initiative" des Frauenfonds. "Die Wahlfreiheit durch flächendeckende Kinderbetreuung und die Stärkung von jungen Frauen und Mädchen sind wichtige Wege, um Chancengleichheit zu schaffen", so die Frauenministerin.

Von zahlreichen Seiten wurden im Vorfeld des Equal Pay Day erneut Rufe nach Maßnahmen für mehr Lohngerechtigkeit laut. Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaftsbund (ÖGB) forderten in einer gemeinsamen Aussendung ein Ende der "Retro-Frauenpolitik", mehr Lohntransparenz, ein Familienarbeitszeitmodell und eine Milliarde mehr pro Jahr für Kinderbildung und -betreuung. "Die Regierungsverhandler sollen endlich den flächendeckenden Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen und damit bessere Berufs- und Einkommenschancen für Frauen vorantreiben, anstatt absurde Ideen wie eine Herdprämie fürs Daheimbleiben abzusondern", so AK-Präsidentin Renate Anderl. Volksanwältin Gabriela Schwarz appellierte an alle Männer, gemeinsam mit den Frauen ein Ende dieser Ungerechtigkeiten einzufordern. "Bei uns in der Volksanwaltschaft verdienen Männer und Frauen dasselbe. Darauf bin ich stolz und das sollte überall so sein", sagte Schwarz.

"Anstatt Frauen mit Pseudo-Belohnungen für Kinderbetreuung in alte Muster und Rollenbilder zu drängen, braucht es echte finanzielle Absicherung und einen entschlossenen Kampf gegen die Teilzeitfalle", erklärte auch NEOS-Frauensprecherin Henrike Brandstötter und sprach sich für eine Finanzbildungsoffensive aus, damit Frauen über die Auswirkungen von Teilzeit auf ihre Pension informiert würden. Die SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner forderte die schnellere Schließung der Lohnschere. "Es ist höchste Zeit, die Lohnunterschiede in die Geschichtsbücher zu verbannen", erklärte Holzleitner und verwies auf die SPÖ-Konzepte zur gerechten Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und einen Rechtsanspruch auf gratis ganztägige Kinderbildung ab dem ersten Lebensjahr. Dass Gleichstellung möglich sei, würden Länder wie Norwegen zeigen, wo neun von zehn Männer in Karenz gingen. Die Frauensprecherin der Grünen, Meri Disoski, warf "Lobbygruppen in der ÖVP" vor, die Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie blockiert zu haben. Wirksame Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen bei der Bezahlung seien seit langem bekannt, trotzdem komme man nur im Schnecken tempo voran, so Disoski. Auch die Grünen fordern mehr Lohntransparenz, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag und faire Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit.

### **Ruf nach Lohntransparenz**

Die Initiative Equal Pay forderte die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz und "Maßnahmen zur Schließung der Lohnlücke". "Dass Frauen Jahr für Jahr finanziell benachteiligt werden, ist nicht hinnehmbar", erklärte Christa Kirchmair, Präsidentin der Initiative. Sie forderte eine verpflichtende Lohntransparenz für Unternehmen, Sanktionen bei ungerechtfertigter Lohnungleichheit und generell bessere Rahmenbedingungen für Frauen in der Arbeitswelt, etwa bei der Verteilung unbezahlter Care-Arbeit. Klaudia Frießen, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, verlangte die "Neubewertung der